

# Grossbritannien liebäugelt mit einer Rückkehr zur EU-Zollunion

**Zehn Jahre Brexit** Selbst konservative Abgeordnete, die für den Austritt aus der Europäischen Union gestimmt hatten, unterstützen heute eine Wiederannäherung.



Die Kontakte sind nie ganz abgerissen: Der belgische Regierungschef Bart de Wever (links) war am Freitag zu Gast bei Premier Keir Starmer in London.

Foto: Getty Images

**Peter Nonnenmacher**, London

Wenige Monate vor dem zehnten Jahrestag des Brexit-Referendums wird in Grossbritannien die Kritik am EU-Austritt und dessen Folgen immer lauter. Selbst die Vorsitzende der Konservativen Partei, Oppositionschefin Kemi Badenoch, gehört neuerdings zu diesem Chor. Sie zählt den Brexit zusammen mit der Finanzkrise von 2008 und der Covid-Pandemie zu den «bedauerlichen Schocks», die dem Land Probleme bereitet hätten. Bei der Volksabstimmung von 2016 hatte Badenoch noch für den Austritt votiert.

Mit neuem Selbstbewusstsein fordern unterdessen viele Pro-Europäer auf der Insel jetzt zumindest eine teilweise Revision des Brexit. Bei einer von den Liberaldemokraten initiierten Unterhausabstimmung sprach sich diese Woche eine knappe Mehrheit an Abgeordneten für eine Rückkehr zu einer Zollunion mit der EU aus.

Die Befürworter des Antrags – Liberale, Grüne, schottische und walisische Nationalisten, aber auch mehr als ein Dutzend Labour-Leute – kamen auf insgesamt 101 Stimmen. Die Gegenseite, hauptsächlich Tory-Par-

lamentarier, brachte es auf 100 Stimmen. Die meisten der 650 Abgeordneten, darunter der Grossteil Labours, enthielten sich der Stimme oder blieben der Abstimmung fern.

Obwohl die Liberaldemokraten nach der Abstimmung einen «historischen Sieg» feierten, ist der Antrag nicht verbindlich für die Regierung, weil es sich nicht um eine Regierungsvorlage handelte. Als Rebellion gegen die Regierungslinie ist das Ganze aber bezeichnend für den aktuellen Stimmungswandel in Sachen EU.

## 13 Rebellen bei Labour

Denn der «Anweisung» der Labour-Führung an die Fraktion, nicht für den Zollunionsbeitritt zu stimmen, widersetzten sich 13 Labour-Abgeordnete, darunter die einflussreiche Labour-Vorsitzende des Finanzausschusses im Unterhaus, Dame Meg Hillier. Vorsichtshalber hatte die Fraktionsführung in letzter Minute erklärt, niemand würde bei Zu widerhandeln mit Parteiausschluss bestraft werden.

Die Labour-Rebellen sahen sich in des ermutigt durch jüngste Äusserungen des Vize-Premierministers David Lammy. Dieser hatte signalisiert, dass

er einem britischen Neuanschluss an die EU-Zollunion generell positiv gegenüberstehe. Es sei nicht zu übersehen, «dass der Abgang aus der EU unserer Wirtschaft schwer geschadet hat», so Lammy.

Andere Staaten, die gemeinsame Zollgebiete bildeten, hätten aus ihrem Status entsprechenden Nutzen gezogen und verzeichneten stärkeres Wachstum als Grossbritannien, fügte der Vizepremier hinzu. Allgemein geht man davon aus, dass der Brexit einen jährlichen Einbruch des Nationaleinkommens um 4 Prozent verursacht hat. Auch Regierungschef Keir Starmer hatte Anfang des Monats die Brexiteers beschuldigt, sie hätten «der Bevölkerung wilde Versprechen gemacht, sie aber nicht erfüllt».

Allerdings gibt es für Starmer eine «rote Linie», die er bislang nicht zu überschreiten wagt. Vor den Wahlen im Vorjahr, die Labour an die Regierung brachten, hatte er gelobt, dass er den Referendumsentscheid respektieren und das Land nicht zurück in die EU-Zollunion führen würde, oder gar in den gemeinsamen Markt. Eine Rückkehr in eine Zollunion mit der EU würde auch die jüngst getrof-

fenen Handelsvereinbarungen mit den USA gefährden, erklärte Starmer außerdem im Parlament diese Woche. Was wenig sinnvoll wäre: Immerhin hätten die Briten «einen besseren Deal» mit Washington «als sonst ein Land».

## Premier Starmer unter Druck

Mehr und mehr hochrangige Labour-Leute und Minister wie Lammy drängen den Regierungschef inzwischen aber, die Absicht, mit Brüssel über eine neue Form von Zollunion zu verhandeln, ins nächste Labour-Wahlprogramm aufzunehmen. Starmers Chefberaterin für Wirtschaftsfragen, Baronin Minouche Shafik, stimmt diesem Plan zu. Wirtschaftswachstum, meint sie, müsse auf der Prioritätenliste ganz oben stehen.

Der Premier will sich jedoch vorerst auf weitere Einzelvereinbarungen mit der EU beschränken, etwa im Bereich des Nahrungsmittelhandels. Auch an einem Visa-Deal für jüngere Europäer von beiden Seiten des Ärmelkanals, die an Studien- oder Arbeitsaufenthalten auf der jeweils anderen Seite interessiert sind, wird gearbeitet – im Dienste «grösserer Nähe» zur EU.